

Amtsblatt für das Vermessungswesen

Herausgegeben vom BEV - Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Jahrgang 2004

Wien, 1. Juni 2004

Stück 3

2841. GWR-Gesetz und Änderung des Vermessungsgesetzes
Nachdruck aus dem BGBl. I Nr. 9/2004
2842. Verordnung vom 8. April 2004
Anordnung von Verfahren zur teilweisen
Neuanlegung des Grenzkatasters
2843. Mitteilung
Übersicht: Änderung, Benennung von Katastralgemeinden
2844. - 2894. Verordnung
Änderung, Benennung von Katastralgemeinden
2895. Mitteilung
Zeitskala

2841 Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-Gesetz) geschaffen und das Vermessungsgesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Bundesgesetz über das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-Gesetz) Einrichtung und Führung des Gebäude- und Wohnungsregisters

§ 1. (1) Die Bundesanstalt Statistik Österreich (Bundesanstalt) hat für Zwecke der Bundesstatistik, Forschung und Planung ein Gebäude- und Wohnungsregister einzurichten und zu führen.

(2) Das Register ist so einzurichten, dass die in der **Anlage** angeführten Merkmale räumlich gegliedert für Zwecke gemäß Abs. 1 ausgewertet werden können.

Begriffsbestimmungen

§ 2. Im Sinne dieses Bundesgesetzes bedeuten:

1. **Gebäude:** Freistehende oder – bei zusammenhängender Bauweise – klar gegeneinander abgegrenzte Baulichkeiten, deren verbaute Fläche mindestens 20 m² beträgt;
2. **Wohnung:** Baulich abgeschlossener, nach der Verkehrsauffassung selbständiger Teil eines Gebäudes, der nach seiner Art und Größe geeignet ist, der Befriedigung eines individuellen Wohnbedürfnisses von Menschen zu dienen;
3. **Adresse:** Bezeichnung einer Örtlichkeit eines Grundstückes (Anlage, Abschnitt A), eines Gebäudes (Anlage, Abschnitt B), einer Wohnung (Anlage, Abschnitt C).

Inhalt des Gebäude- und Wohnungsregisters

§ 3. Das Register hat folgende Registereinheiten zu enthalten:

1. Adressen der Grundstücke (Anlage, Abschnitt A);
2. Adressen der Gebäude (Anlage, Abschnitt B);
3. Adressen der Wohnungen (Anlage, Abschnitt C);
4. Beschreibungen der Gebäude (Anlage, Abschnitt D);
5. Beschreibungen der Wohnungen (Anlage, Abschnitt E);
6. Beschreibungen von Bauvorhaben (Anlage, Abschnitt F);
7. Adressen von Nutzungseinheiten innerhalb von Gebäuden, die üblicherweise keinen Wohnbedürfnissen dienen;
8. Adressen von Arbeitsstätten ohne Gebäude;
9. Adressen von Bauwerken im Sinne des Vermessungsgesetzes, BGBl. Nr. 306/1968, und deren Beschreibungen.

Art der Datenerhebung für das Gebäude- und Wohnungsregister

§ 4. (1) Die Daten für das Register gemäß § 3 sind auf folgende Arten zu erheben:

1. die Merkmale gemäß Anlage, Abschnitt A, B und C Z 1 durch Heranziehung der Daten des Adressregisters gemäß § 9a Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968;
2. die Merkmale gemäß Anlage, Abschnitt C Z 2, Abschnitt D Z 2 bis 7 und 10, Abschnitt E Z 1, 2 und 6 und Abschnitt F durch Beschaffung von Verwaltungsdaten

bei den Gemeinden und bei den Bezirkshauptmannschaften, soweit bei diesen in Wahrnehmung der gemäß Art. 118 Abs. 7 B-VG übertragenen Aufgaben der örtlichen Baupolizei derartige Daten angefallen sind;

3. die Merkmale gemäß Anlage, Abschnitt D Z 11 und Abschnitt E Z 7 durch Heranziehung der Daten des Zentralen Melderegisters gemäß § 16 Meldegesetz 1991, BGBl. Nr. 9/1992;
4. die Merkmale gemäß Anlage, Abschnitt D Z 1, 8 und 9 sowie Abschnitt E Z 3 bis 5 durch Heranziehung von Daten aus anderen statistischen Erhebungen oder durch freiwillige Bekanntgabe der Daten durch die Gemeinde;
5. die Merkmale zu den Registereinheiten gemäß § 3 Z 7 und 8 durch Heranziehung von Daten anderer statistischer Erhebungen und aus Registern gemäß § 25 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, oder durch freiwillige Bekanntgabe der Daten durch die Gemeinde;
6. die Merkmale gemäß Anlage, Abschnitt D Z 12 sowie die Merkmale zu den Registereinheiten gemäß § 3 Z 9 durch Beschaffung von Verwaltungsdaten beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.

(2) Soweit Daten gemäß Abs. 1 Z 1 nicht im Adressregister zur Verfügung stehen, sind diese durch Beschaffung von Verwaltungsdaten bei den Gemeinden zu erheben.

(3) Zur laufenden Ergänzung, Änderung und Berichtigung des Registers kann die Bundesanstalt Daten aus statistischen Erhebungen und aus Registern gemäß § 25 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, sowie Daten heranziehen, die von den Gemeinden zu diesem Zweck bekannt gegeben worden sind.

(4) Für Zwecke gemäß Abs. 3 hat der Bundesminister für Inneres der Bundesanstalt auf deren Verlangen in regelmäßigen Abständen Meldedaten, ausgenommen Identitätsdaten, aus dem Zentralen Melderegister unentgeltlich zu übermitteln.

Bereitstellung der Online-Applikation

§ 5. Die Bundesanstalt hat den nach diesem Gesetz zur Übermittlung von Register- und Verwaltungsdaten verpflichteten Stellen unentgeltlich eine geeignete Online-Applikation (Adress-GWR-Online) für die Übermittlung der Daten zur Verfügung zu stellen. Die Online-Applikation ist so zu gestalten, dass sie die Erfordernisse einer gemeinsamen Meldechiene für das Adressregister gemäß § 44 Abs. 3 Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968 und das Gebäude- und Wohnungsregister gemäß § 6 in umfassender und konsistenter Weise erfüllt.

Pflichten der Inhaber von Register- und Verwaltungsdaten

§ 6. (1) Über die gemäß § 5 bereit gestellte Online-Applikation sind der Bundesanstalt auf elektronischem Wege unentgeltlich zu übermitteln:

1. laufend die Daten gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 gemeinsam mit den mit Hilfe der Online-Applikation gemäß § 5 vom Adressregister vergebenen Adresscodes für Grundstücke und vergebenen Adressnummern für Gebäude;
2. laufend von den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften die Daten gemäß § 4 Abs. 1 Z 2 und Abs. 2;
3. in regelmäßigen Abständen, zumindest monatlich, vom Bundesminister für Inneres die Daten gemäß § 4 Abs. 1 Z 3 und Abs. 4;
4. in regelmäßigen Abständen, zumindest monatlich, vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen die Daten gemäß § 4 Abs. 1 Z 6.

(2) Die freiwillige Datenübermittlung gemäß § 4 Abs. 1 Z 4 und Abs. 3 durch die Gemeinden hat ebenfalls über die Online-Applikation gemäß § 5 zu erfolgen.

(3) Die Datenübermittlung durch den Bundesminister für Inneres gemäß Abs. 1 Z 3 und durch das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen gemäß Abs. 1 Z 4 kann je nach Zweckmäßigkeit auch auf anderem elektronischen Wege erfolgen.

Zugriffsrechte zum Register

§ 7. Die Bundesanstalt hat auf Verlangen den unentgeltlichen Online-Zugriff auf das Register zur Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben einzuräumen:

1. den jeweiligen Gemeinden auf alle Daten des Registers, die ihre Gemeinde betreffen;
2. den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften auf Daten des Registers, soweit dies zur Wahrnehmung der gemäß Art. 118 Abs. 7 B-VG übertragenen Aufgaben der örtlichen Baupolizei erforderlich ist;
3. dem Zentralen Melderegister auf alle Daten des Registers gemäß Anlage, Abschnitt C.

Anonymisierung von personenbezogenen Daten

§ 8. Das Merkmal gemäß Anlage, Abschnitt F Z 4 ist unverzüglich nach Wegfall einer der Voraussetzungen gemäß § 15 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, zu löschen.

Erstellung von Baustatistiken

§ 9. (1) Die Bundesanstalt hat auf Grundlage der Daten des Registers, zumindest quartalsweise, eine Statistik über die Bautätigkeit zu erstellen und diese gemäß § 30 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, zu veröffentlichen.

(2) Die Bundesanstalt hat den jeweiligen Gemeinden die ihren Bereich betreffenden Daten der Baustatistik unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Verweisungen auf andere Rechtsvorschriften

§ 10. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, bezieht sich dieser Verweis auf die jeweils geltende Fassung.

In-Kraft-Treten, Übergangsbestimmungen

§ 11. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. März 2004 in Kraft.

(2) Die Bundesanstalt hat längstens bis 30. Juni 2004 das Register einzurichten und die Online-Applikation gemäß § 5 und den Online-Zugriff gemäß § 7 zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Erstbefüllung des Gebäude- und Wohnungsregisters hat zu erfolgen:

1. mit den Daten des Verzeichnisses der Gebäudeadressen (Objektverzeichnisse) gemäß § 11 Volkszählungsgesetz 1980, BGBl. Nr. 199,
2. mit den Daten, die auf Grund der Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über statistische Erhebungen betreffend bestehende Gebäude und die darin befindlichen Wohnungen und sonstigen Räumlichkeiten, BGBl. II Nr. 147/2001 (Gebäude- und Wohnungszählung 2001) sowie die auf Grund der Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik über wohnbaustatistische Erhebungen, BGBl. Nr. 342/1979, in der Fassung BGBl. II Nr. 324/1998 erhoben wurden,

3. mit jenen Daten des Grenzkatasters gemäß § 9a Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, die der Anlage, Abschnitt A Z 5 bis 7 (mit Ausnahme der Postleitzahl), Abschnitt B Z 2 und 5 sowie Abschnitt D Z 12 entsprechen und
4. mit den Daten der Wohnungseinheiten verknüpft mit deren Identifikationsnummer des Zentralen Melderegisters.

(4) Bis zum 31. Mai 2004 hat

1. das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen die Daten gemäß Abs. 3 Z 3 und
2. der Bundesminister für Inneres die Daten gemäß Abs. 3 Z 4 auf elektronischem Wege unentgeltlich der Bundesanstalt zu übermitteln.

(5) Die Daten gemäß Anlage, Abschnitt F folgender Bauvorhaben sind bis 31. Mai 2005 der Bundesanstalt online zu übermitteln:

1. Bauvorhaben mit Wohnungen, die vom 1. Jänner 2003 bis zur Verfügbarkeit der Online-Applikation projektiert oder erstellt worden sind;
2. Bauvorhaben ohne Wohnungen, die vom 16. Mai 2001 bis zur Verfügbarkeit der Online-Applikation projektiert oder erstellt worden sind.

Vollziehung

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Gesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich des § 4 Abs. 4, des § 6 Abs. 1 Z 3 und des § 6 Abs. 3, soweit dieser sich auf den Bundesminister für Inneres bezieht, der Bundesminister für Inneres;
2. im übrigen der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Anlage

A. Merkmale von Adressen der Grundstücke:

1. Bezeichnung der politischen Gemeinde;
2. Bezeichnung der Ortschaft;
3. Bezeichnung der am Grundstück angrenzenden Straße (wenn vorhanden);
4. die Orientierungsnummer (Hausnummer, Konskriptionsnummer u.a.);
5. die Katastralgemeinde und die Grundstücksnummer(n) auf die sich die Adresse bezieht;
6. die repräsentative Koordinate im System der Landesvermessung als räumliche Referenz der Adresse;
7. Postleitzahl und sonstige Angaben zum leichteren Auffinden der Adresse wie Vulgo- und Hofnamen;
8. Angabe, ob die Adresse für Wohnzwecke geeignet ist;
9. weitere Adressen, die für das Grundstück vergeben wurden.

B. Merkmale von Adressen der Gebäude:

1. Merkmale der Adresse des Grundstückes, auf dem sich das Gebäude befindet;
2. die repräsentative Koordinate im System der Landesvermessung als räumliche Referenz des Gebäudes;
3. weitere Adressen, die für das Gebäude vergeben wurden;

4. Angabe, ob die Gebäudeadresse für Wohnzwecke geeignet ist;
5. Angabe über die Funktion des Gebäudes;
6. Angaben der Gemeinde zu weiteren Nutzung des Gebäudes, wenn vorhanden;
7. Bezeichnung des Gebäudes wie Haus, Stiege, Pavillon, Parzelle u. dgl.

C. Merkmale von Adressen der Wohnungen:

1. Merkmale der Adresse des Gebäudes, in dem sich die Wohnung befindet;
2. die Tür- oder Top-Nummer oder ersatzweise eine sonstige nähere Lagebestimmung innerhalb des Gebäudes.

D. Gebäudemerkmale:

1. Koordinate als räumliche Repräsentanz des Gebäudes, wenn das Gebäude weder im Adressregister noch im technischen Operat des Grenzkatasters (§ 9 Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968) enthalten ist;
2. Fläche des Gebäudes nach den Feststellungen der Gemeinde;
3. Gebäudekategorie;
4. Gebäudeeigentübertyp;
5. Bauperiode;
6. Gebäudestatus;
7. Geschossanzahl ohne Keller- und Dachgeschoss;
8. Anschluss an Wasserleitungs- bzw. Kanalnetz und Gasnetz;
9. Art der Beheizung und Energiekennzahl;
10. die Gesamtnutzfläche des Gebäudes sowie die verschiedenen Zwecken dienenden Flächen im Gebäude in Quadratmetern;
11. Anzahl der Hauptwohnsitze und der (weiteren) Wohnsitze;
12. Koordinate als räumliche Repräsentanz des Gebäudes und Fläche des Gebäudes aus der Grundstücksdatenbank, soweit das Gebäude nicht im Adressregister aber im technischen Operat des Grenzkatasters enthalten ist.

E. Wohnungsmerkmale:

1. Nutzfläche der Wohnung;
2. Zahl der Wohnräume der Wohnung;
3. Ausstattung der Wohnung;
4. Art der Beheizung der Wohnung;
5. Rechtsverhältnis an der Wohnung;
6. Nutzungsart;
7. Anzahl der Hauptwohnsitze und der (weiteren) Wohnsitze.

F. Merkmale von Bauvorhaben:

1. Merkmale der Adresse des Grundstückes, Gebäudes und/oder der Wohnung, wo das Bauvorhaben durchgeführt wird;
2. Baubewilligungsdatum;
3. Fertigstellungsdatum;
4. Name und die Anschrift des Bauherrn;

5. Rechtsnatur des Bauherrn;
6. Baumaßnahme (Neu-, An- und Zubau);
7. Daten gemäß Abschnitt D Z 1 bis 4, 7 und 10 sowie Abschnitt E Z 1, 2 und 6;
8. Anzahl der projektierten Wohnungen im Gebäude;
9. Fläche einer gleichzeitig errichteten, frei stehenden Privatgarage.

Artikel 2

Änderung des Vermessungsgesetzes

Das Vermessungsgesetz (VermG), BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird wie folgt geändert:

1. § 8 lautet:

„§ 8. Der nach Katastralgemeinden angelegte Grenzkataster ist bestimmt:

1. zum verbindlichen Nachweis der Grenzen der Grundstücke,
2. zur Ersichtlichmachung der Benützungarten, Flächenausmaße und sonstigen Angaben zur leichteren Kenntlichmachung der Grundstücke und
3. zur Ersichtlichmachung der geocodierten (raumbezogenen) Adressen der Grundstücke und der darauf befindlichen Gebäude.“

2. § 9 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Grenzkataster besteht aus dem technischen Operat (Abs. 2), dem Grundstücksverzeichnis (Abs. 3) und dem Adressregister (§ 9a). Er ist, soweit technisch möglich, automationsunterstützt zu führen (Grundstücksdatenbank).“

3. § 9 Abs. 4 lautet:

„(4) Die näheren Vorschriften über den Umfang und die technische Ausstattung der Grundstücksdatenbank hinsichtlich des technischen Operats und des Grundstücksverzeichnisses erlässt nach den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und den technischen Gegebenheiten der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz durch Verordnung. Hinsichtlich des Abs. 6 ist das Einvernehmen mit dem Bundeskanzler herzustellen.“

4. § 9 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Im Grenzkataster sind die Zählsprengel entsprechend der Mitteilung der Bundesanstalt Statistik Österreich wiederzugeben.“

5. Nach § 9 wird folgender § 9a eingefügt:

„§ 9a. (1) Das Adressregister enthält alle geocodierten (raumbezogenen) Adressen von Grundstücken und Gebäuden, die von der örtlich zuständigen Gemeinde vergeben wurden.

(2) Eine geocodierte Adresse enthält folgende Angaben:

1. die Bezeichnung der Gemeinde,
2. die Bezeichnung der Ortschaft,
3. die Bezeichnung der angrenzenden Straße, wenn vorhanden,
4. die Orientierungsnummer (Hausnummer, Konstriptionsnummer, ua.),
5. die Katastralgemeinde und die Grundstücksnummer(n), auf die sich die Adresse bezieht,

6. die repräsentative Koordinate im System der Landvermessung als räumliche Referenz der Adresse,
7. die Postleitzahl und etwaige sonstige Bezeichnungen zum leichteren Auffinden der Adresse, wie Vulgo- und Hofnamen,
8. die Eignung für Wohnzwecke,
9. von der Gemeinde allenfalls gemachte sonstige Angaben und
10. den vom Adressregister vergebenen Adresscode.

(3) Für jedes Gebäude, das sich an einer gemäß Abs. 2 erfassten Adresse befindet, sind im Adressregister weiters folgende Angaben einzutragen:

1. die Adressdaten des Gebäudes in Form einer näheren, insbesondere numerischen Bezeichnung betreffend das einzelne Haus, die Stiege, einen Pavillon ua.,
2. die repräsentative Koordinate im System der Landesvermessung als räumliche Referenz des Gebäudes,
3. allfällige weitere Adressen, die von der Gemeinde für dieses Gebäude vergeben wurden,
4. allfällige Eigenschaft als Gebäude im Sinne des § 2 Z 1 GWR-Gesetz, BGBl. I Nr. 9/2004,
5. die Funktion(en) des Gebäudes gemäß der Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit nach Abs. 4,
6. allenfalls die Nutzung des Gebäudes nach den Vorgaben der Gemeinde,
7. von der Gemeinde allenfalls gemachte sonstige Angaben, soweit sie nicht unter Z 8 oder 9 fallen,
8. die Eignung für Wohnzwecke,
9. allenfalls weitere Angaben für das Meldewesen und
10. die vom Adressregister für das Gebäude vergebene Adressnummer.

(4) Die näheren Vorschriften über die technische Ausstattung des Adressregisters und über Inhalt und Struktur der Angaben erlässt unter Bedachtnahme auf das Ziel möglicher Vollständigkeit und Richtigkeit der erfassten Adressen und unter Berücksichtigung des Erfordernisses der Wirtschaftlichkeit und des jeweiligen Standes der Wissenschaft und Technik der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit durch Verordnung. Hiebei ist hinsichtlich des Abs. 3 Z 4 das Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und hinsichtlich des Abs. 2 Z 8 und Abs. 3 Z 8 und 9 das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres herzustellen.“

6. § 10 lautet:

„§ 10. (1) Im Grenzkataster sind für Grundstücke unter Verwendung der in den Z 1 bis 8 festgelegten Bezeichnungen die Benützungarten einzutragen:

1. Bauflächen
2. landwirtschaftlich genutzte Grundflächen
3. Gärten
4. Weingärten
5. Alpen
6. Wald

7. Gewässer

8. Sonstige

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit kann mit Verordnung Mindestflächen für auszuweisende Benützungsarten festlegen sowie eine weitere Unterteilung und nähere Beschreibung der in Abs. 1 genannten Benützungsarten vornehmen. Maßgeblich sind hierfür der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik sowie die Erfordernisse der Wirtschaftlichkeit und der Bedürfnisse von Verwaltung und Wirtschaft.“

7. Dem § 13 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

„(4) Ändert sich das Festpunktfeld durch Anpassung an einen übergeordneten Bezugsrahmen oder ergibt sich im Zuge der Arbeiten gemäß § 1 Z 1 eine Änderung in den Unterlagen für die Festpunkte, so ist dies keine Berichtigung im Sinne des Abs. 1. Die Koordinaten der Grenzpunkte sowie die Geocodierungen der Adressen werden in diesem Fall von Amts wegen mit Verordnung des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen geändert.

(5) Die Verordnung nach Abs. 4 ist im „Amtsblatt für das Vermessungswesen“ kundzumachen. Nach Inkrafttreten der Verordnung ist diese im Grundstücksverzeichnis anzumerken. Nach erfolgter Berichtigung des Grenzkatasters ist die Anmerkung zu löschen.“

8. § 14 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Daten des Grenzkatasters sind öffentlich mit Ausnahme der im § 9a Abs. 2 Z 8 und 9 und § 9a Abs. 3 Z 6, 7 und 8 enthaltenen melderelevanten Angaben.“

9. § 44 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Gemeinden haben dem Adressregister die in § 9a Abs. 2 Z 1 bis 8 und die in § 9a Abs. 3 Z 1 bis 5 und 8 genannten Adressdaten zu melden; die in § 9a Abs. 2 Z 9 und in § 9a Abs. 3 Z 6, 7 und 9 bezeichneten Angaben können von den Gemeinden zusätzlich gemacht werden. Die Meldung hat jeweils umgehend nach der Vergabe oder Änderung einer Adresse im Sinne des § 9a Abs. 1 zu erfolgen. Für die Meldung ist die gemäß § 5 GWR-Gesetz unentgeltlich zur Verfügung gestellte Adress-GWR-Online-Applikation, beziehungsweise die darin enthaltene Datenschnittstelle zu verwenden. Durch die Meldung sind alle bundesgesetzlichen Meldepflichten der Gemeinden, die die bloße Zurverfügungstellung von authentischen Adressdaten im Sinne des § 9a betrifft, erfüllt.“

10. § 46 lautet:

„§ 46. Den Finanzämtern sind Auszüge aus dem Grundstücksverzeichnis im Wege der automationsunterstützten Datenverarbeitung zu übermitteln. Diese Auszüge sind vor Übermittlung mit den wirtschaftlichen Einheiten des Grundbesitzes im Sinne des Bewertungsgesetzes 1955, BGBl. Nr. 148/1955, in der jeweils geltenden Fassung, zu verknüpfen, soweit diese von den Finanzämtern bekannt gegeben werden.“

11. Der erste Satz des § 47 Abs. 1 lautet:

„Für die Ausstellung der in Abs. 2 Z 1 und 2 angeführten Auszüge und für Amtshandlungen nach Abs. 2 Z 3 sind besondere Verwaltungsabgaben zu entrichten, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit entsprechend dem dadurch entstehenden Aufwand in Bauschbeträgen durch Verordnung festzusetzen sind.“

12. Nach § 47 wird folgender § 47a eingefügt:

„§ 47a. (1) Jedermann kann kostenlos aus dem Adressregister die in § 9a Abs. 2 Z 1 bis 4, 6, 7 und 10 und § 9a Abs. 3 Z 1 bis 3, 5 und 10 genannten Daten einer einzelnen

Adresse abfragen. Die Aufzeichnung von Abfrageergebnissen zum Zweck der kommerziellen Verwertung, insbesondere durch Weitergabe an Dritte, ist unzulässig.

(2) Abfragen und Auszüge aus dem Adressregister, die über Abs. 1, erster Satz, hinausgehen, sowie die unmittelbare Einsicht in das technische Operat oder das Grundstücksverzeichnis gemäß § 14 Abs. 4 und 6 unterliegen einem Kostenersatz. Der Kostenersatz ist durch den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen mit Verordnung entsprechend dem gemeinen Wert gemäß § 305 ABGB in Form von Bauschbeträgen festzulegen. Der Gemeindebund und der Städtebund sind vor Erlassung der Verordnung anzuhören.

(3) Keine Kostenersatzpflicht für Abfragen und Auszüge aus dem Adressregister nach Abs. 2 besteht - sofern damit nicht die Weitergabe an Dritte für kommerzielle Zwecke verbunden ist - für Abfragen durch

1. Behörden, soweit die Abfrage zur Wahrnehmung einer der Behörde gesetzlich übertragenen Aufgabe erforderlich ist,
2. die Bundesanstalt Statistik Österreich für statistische Zwecke und
3. Feuerwehren und Rettungsdienste für Aufgaben des Krisenmanagements und des Einsatz- und Rettungswesens.

(4) Die auf Grund des Kostenersatzes nach Abs. 2 für Abfragen und Auszüge aus dem Adressregister erzielten Einnahmen sind nach Abzug des laufenden Aufwandes des Bundes für den Betrieb des Adressregisters den Gemeinden anteilmäßig nach Anzahl der im Adressregister zum 31. Dezember jeden Jahres enthaltenen Adressen als Abgeltung ihres Aufwandes jährlich im nachhinein zu überweisen."

13. Dem § 57 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) § 8, § 9 Abs. 1, 4 und 6, die §§ 9a und 10, § 13 Abs. 4 und 5, § 14 Abs. 1, § 44 Abs. 3, § 46, § 47 Abs. 1 erster Satz, 47a Abs. 2 und 4, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 9/2004, treten am 1. März 2004 in Kraft. Zugleich tritt der Anhang in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung außer Kraft. § 47a Abs. 1 und 3, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 9/2004, tritt am 1. Jänner 2005 in Kraft. § 47a Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 9/2004 tritt am 31. Dezember 2007 außer Kraft. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist ermächtigt, von dem der Kundmachung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 9/2004 folgenden Tag an alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit der Zugang zum Adressregister gemäß § 47a gegeben ist. Dies umfasst auch die Erlassung der Verordnung gemäß § 47a Abs. 2.“

14. Der § 59 Abs. 1 lautet:

„(1) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes mit Ausnahme der §§ 12 Abs. 3, 25 Abs. 4, 49, 50, 53 bis 56 und 58 ist der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, hinsichtlich des § 9a Abs. 3 Z 4 und des § 44 Abs. 3 im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, hinsichtlich des § 1 Z 10 und des § 9a Abs. 2 Z 8 und Abs. 3 Z 8 und 9 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres, hinsichtlich der §§ 46 bis 48 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich der §§ 5 Abs. 1, 3 und 4, 7, 9 Abs. 6 und 7, 39, 43 Abs. 3, 44 Abs. 2, 45, 47 Abs. 3 und 52 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz und hinsichtlich der §§ 14 und 48 Abs. 1 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Landesverteidigung betraut.“

Klestitl

Schüssel

Nachdruck aus dem BGBl. I Nr. 9/2004

2842. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 8. April 2004, mit der Verfahren zur teilweisen Neuanlegung des Grenzkatasters angeordnet werden.

Aufgrund des § 16 Abs. 1 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird verordnet:

§ 1

Das Verfahren zur teilweisen Neuanlegung des Grenzkatasters wird für folgende Katastralgemeinden angeordnet:

Zahl	Katastralgemeinde	Nr. d. Katastralgemeinde	Bezirksgericht	Vermessungsamt	Bundesland
1	Matzen	06013	Gänserndorf	Gänserndorf	N
2	Obersiebenbrunn	06217	Gänserndorf	Gänserndorf	N
3	Neuhof	06309	Gänserndorf	Gänserndorf	N
4	Untersiebenbrunn	06313	Gänserndorf	Gänserndorf	N
5	Äpfelgschwendt	24001	Zwettl	Gmünd	N
6	Brugg	24007	Zwettl	Gmünd	N
7	Dietreichs	24008	Zwettl	Gmünd	N
8	Döllersheim	24010	Zwettl	Gmünd	N
9	Edelbach	24012	Zwettl	Gmünd	N
10	Eichhorns	24013	Zwettl	Gmünd	N
11	Felsenberg	24014	Zwettl	Gmünd	N
12	Großpoppen	24023	Zwettl	Gmünd	N
13	Heinreichs	24026	Zwettl	Gmünd	N
14	Kleinhaselbach	24030	Zwettl	Gmünd	N
15	Kleinkainraths	24031	Zwettl	Gmünd	N
16	Kleinmotten	24032	Zwettl	Gmünd	N
17	Loibenreith	24037	Zwettl	Gmünd	N
18	Mannshalm	24038	Zwettl	Gmünd	N
19	Mestreichs	24040	Zwettl	Gmünd	N
20	Niederplöttbach	24043	Zwettl	Gmünd	N
21	Rausmanns	24046	Zwettl	Gmünd	N
22	Riegers	24049	Zwettl	Gmünd	N
23	Schlagles	24053	Zwettl	Gmünd	N
24	Schwarzenreith	24057	Zwettl	Gmünd	N
25	Söllitz	24058	Zwettl	Gmünd	N
26	Steinbach	24059	Zwettl	Gmünd	N
27	Strones	24061	Zwettl	Gmünd	N
28	Thaures	24063	Zwettl	Gmünd	N
29	Wurmbach	24070	Zwettl	Gmünd	N
30	Kühbach	24338	Zwettl	Gmünd	N
31	Oberndorf	24356	Zwettl	Gmünd	N
32	Oberplöttbach	24358	Zwettl	Gmünd	N
33	Pötzles	24361	Zwettl	Gmünd	N
34	Wildings	24389	Zwettl	Gmünd	N
35	Flachau	24394	Zwettl	Gmünd	N

Zahl	Katastral- gemeinde	Nr. d. Katastral- gemeinde	Bezirksgericht	Vermessungsamt	Bundes- land
36	Bodendorf	65202	Murau	Judenburg	ST
37	Einach	65203	Murau	Judenburg	ST
38	Falkendorf	65205	Murau	Judenburg	ST
39	Laßnitz-Lambrecht	65212	Murau	Judenburg	ST
40	Laßnitz-Murau	65213	Murau	Judenburg	ST
41	Lutzmannsdorf	65214	Murau	Judenburg	ST
42	Predlitz	65216	Murau	Judenburg	ST
43	St. Georgen ob Murau	65219	Murau	Judenburg	ST
44	St. Lorenzen	65220	Murau	Judenburg	ST
45	St. Ruprecht	65221	Murau	Judenburg	ST
46	Stadl	65225	Murau	Judenburg	ST
47	Althofen	65501	Murau	Judenburg	ST
48	Kammersberg	65504	Murau	Judenburg	ST
49	Mitterdorf	65505	Murau	Judenburg	ST
50	Salchau	65511	Murau	Judenburg	ST
51	Schöttl	65512	Murau	Judenburg	ST

§ 2

Diese Verordnung tritt am 15. Juni 2004 in Kraft.

Wien, 8. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 2796/2004-302

2843. Mitteilung

Übersicht der Änderung, Benennung von Katastralgemeinden gem. § 7 Vermessungsgesetz in dieser Ausgabe des Amtsblattes für das Vermessungswesen

V	Katastralgemeinde	Gemeinde	Verw/polit. Bez/Mag.	VA	BL
2844	Deutsch Ehrendorf	MG Strem	Güssing	BEV/Grp A	B
2844	Kulm	MG Eberau	Güssing	BEV/Grp A	B
2845	Burg	OG Hannersdorf	Oberwart	BEV/Grp A	B
2845	Eisenberg an der Pinka	OG Deutsch Schützen- Eisenberg	Oberwart	BEV/Grp A	B
2846	Burg	OG Hannersdorf	Oberwart	BEV/Grp A	B
2846	Eisenberg an der Pinka	OG Deutsch Schützen- Eisenberg	Oberwart	BEV/Grp A	B

V	Katastralgemeinde	Gemeinde	Verw/polit. Bez/Mag.	VA	BL
2847	Burg	OG Hannersdorf	Oberwart	BEV/Grp A	B
2847	Eisenberg an der Pinka	OG Deutsch Schützen-Eisenberg	Oberwart	BEV/Grp A	B
2848	Burg	OG Hannersdorf	Oberwart	BEV/Grp A	B
2848	Eisenberg an der Pinka	OG Deutsch Schützen-Eisenberg	Oberwart	BEV/Grp A	B
2848	Woppendorf	OG Hannersdorf	Oberwart	BEV/Grp A	B
2849	Deutsch Ehrendorf	MG Strem	Güssing	BEV/Grp A	B
2849	Kulm	MG Eberau	Güssing	BEV/Grp A	B
2850	Eberau	MG Eberau	Güssing	BEV/Grp A	B
2850	Unterbildein	OG Bildein	Güssing	BEV/Grp A	B
2851	Großpetersdorf	MG Großpetersdorf	Oberwart	Oberwart	B
2851	Rohrbach an der Teich	OG Mischendorf	Oberwart	Oberwart	B
2852	Großpetersdorf	MG Großpetersdorf	Oberwart	Oberwart	B
2852	Jabing	OG Jabing	Oberwart	Oberwart	B
2853	Großbachselten	OG Mischendorf	Oberwart	Oberwart	B
2853	Kleinpetersdorf	MG Großpetersdorf	Oberwart	Oberwart	B
2854	Dielach	OG Möbling	St. Veit an der Glan	Klagenfurt	K
2854	Goggerwenig	OG St. Georgen am Längsee	St. Veit an der Glan	Klagenfurt	K
2854	St. Georgen am Längsee	OG St. Georgen am Längsee	St. Veit an der Glan	Klagenfurt	K
2855	Ehrental	Stadt Klagenfurt	Klagenfurt	Klagenfurt	K
2855	St. Martin bei Klagenfurt	Stadt Klagenfurt	Klagenfurt	Klagenfurt	K
2856	St. Margarethen	OG Reichenau	Feldkirchen	Klagenfurt	K
2856	Wiedweg	OG Reichenau	Feldkirchen	Klagenfurt	K
2857	Dreulach	OG Hohenthurn	Villach Land	Villach	K
2857	Feistritz an der Gail	OG Feistritz an der Gail	Villach Land	Villach	K
2858	Kersdorf im Gailtal	MG Nötsch im Gailtal	Villach Land	Villach	K
2858	St. Paul	OG St. Stefan im Gailtal	Hermagor	Villach	K
2859	Obermühlbach	OG Frauenstein	St. Veit an der Glan	Klagenfurt	K
2859	Schaumboden	OG Frauenstein	St. Veit an der Glan	Klagenfurt	K
2860	St. Valentin	StG St. Valentin	Amstetten	Amstetten	NÖ
2860	Thunsdorf	StG St. Valentin	Amstetten	Amstetten	NÖ
2861	Konradshheim	Stadt Waidhofen an der Ybbs	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten	NÖ
2861	St. Georgen in der Klaus	Stadt Waidhofen an der Ybbs	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten	NÖ
2862	Ardagger Markt	MG Ardagger	Amstetten	Amstetten	NÖ
2862	Ardagger Stift	MG Ardagger	Amstetten	Amstetten	NÖ

V	Katastralgemeinde	Gemeinde	Verw/polit. Bez/Mag.	VA	BL
2863	Bad Fischau	MG Bad Fischau-Brunn	Wiener Neustadt	Wiener Neustadt	NÖ
2863	Wiener Neustadt	Stadt Wiener Neustadt	Wiener Neustadt	Wiener Neustadt	NÖ
2864	Jedenspeigen	MG Jedenspeigen	Gänserndorf	Gänserndorf	NÖ
2864	Sierndorf an der March	MG Jedenspeigen	Gänserndorf	Gänserndorf	NÖ
2865	Rien	Stadt Waidhofen an der Ybbs	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten	NÖ
2865	Waidhofen an der Ybbs	Stadt Waidhofen an der Ybbs	Waidhofen an der Ybbs	Amstetten	NÖ
2866	Mank	StG Mank	Melk	St. Pölten	NÖ
2866	Strannersdorf	StG Mank	Melk	St. Pölten	NÖ
2867	Enzersdorf bei Staatz	MG Staatz	Mistelbach	Gänserndorf	NÖ
2867	Staatz-Kautendorf	MG Staatz	Mistelbach	Gänserndorf	NÖ
2868	Hub	Oberndorf an der Melk	Scheibbs	Amstetten	NÖ
2868	Oberndorf an der Melk	Oberndorf an der Melk	Scheibbs	Amstetten	NÖ
2869	Schwarzau am Steinfelde - Schwarzau am Steinfeld	OG Schwarzau am Steinfeld	Neunkirchen	Wiener Neustadt	NÖ
2870	Feinfeld	OG Röhrenbach	Horn	Krems an der Donau	NÖ
2870	Gobelsdorf	OG Röhrenbach	Horn	Krems an der Donau	NÖ
2871	Amstetten	StG Amstetten	Amstetten	Amstetten	NÖ
2871	Preinsbach	StG Amstetten	Amstetten	Amstetten	NÖ
2872	Naarn	MG Naarn im Machlande	Perg	Linz	OÖ
2872	Ruprechtshofen	MG Naarn im Machlande	Perg	Linz	OÖ
2873	Mitterndorf	MG Pettenbach	Kirchdorf an der Krems	Steyr	OÖ
2873	Unterdürndorf	MG Pettenbach	Kirchdorf an der Krems	Steyr	OÖ
2874	Arnreit	OG Arnreit	Rohrbach	Rohrbach	OÖ
2874	Frindorf	OG Berg bei Rohrbach	Rohrbach	Rohrbach	OÖ
2874	Untergahleiten	OG Arnreit	Rohrbach	Rohrbach	OÖ
2875	Kremsmünster	MG Kremsmünster	Kirchdorf an der Krems	Wels	OÖ
2875	Unterbürgfried	MG Kremsmünster	Kirchdorf an der Krems	Wels	OÖ
2876	Ungenach	OG Ungenach	Vöcklabruck	Vöcklabruck	OÖ
2876	Zell am Pettenfirst	OG Zell am Pettenfirst	Vöcklabruck	Vöcklabruck	OÖ
2877	Lumpelgraben	OG Großraming	Steyr-Land	Steyr	OÖ

V	Katastralgemeinde	Gemeinde	Verw/polit. Bez/Mag.	VA	BL
2877	Oberplaißa	OG Großbraming	Steyr-Land	Steyr	OÖ
2878	Burg	OG Kematen an der Krems	Linz-Land	Linz	OÖ
2878	Kematen	OG Kematen an der Krems	Linz-Land	Linz	OÖ
2878	Kiesenberg	OG Kematen an der Krems	Linz-Land	Linz	OÖ
2879	Hartkirchen	OG Hartkirchen	Eferding	Linz	OÖ
2879	Oed in Bergen	OG Hartkirchen	Eferding	Linz	OÖ
2880	Dorfwerfen	OG Pfarrwerfen	St. Johann im Pongau	St. Johann im Pongau	S
2880	Grub	OG Pfarrwerfen	St. Johann im Pongau	St. Johann im Pongau	S
2880	Reitsam	MG Werfen	St. Johann im Pongau	St. Johann im Pongau	S
2881	Bramberg	OG Bramberg am Wildkogel	Zell am See	Zell am See	S
2881	Habach	OG Bramberg am Wildkogel	Zell am See	Zell am See	S
2882	Radstadt	StG Radstadt	St. Johann im Pongau	St. Johann im Pongau	S
2882	Schwemmberg	StG Radstadt	St. Johann im Pongau	St. Johann im Pongau	S
2883	Mühlbach	OG Bramberg am Wildkogel	Zell am See	Zell am See	S
2883	Mühlberg	OG Bramberg am Wildkogel	Zell am See	Zell am See	S
2884	Gruisla	MG Klöch	Radkersburg	Leibnitz	St
2884	Halbenrain	MG Halbenrain	Radkersburg	Leibnitz	St
2884	Klöch	MG Klöch	Radkersburg	Leibnitz	St
2884	Pöltzen	MG Klöch	Radkersburg	Leibnitz	St
2885	Dobl	MG Dobl	Graz-Umgebung	Graz	St
2885	Unterpremstätten	MG Unterpremstätten	Graz-Umgebung	Graz	St
2886	Penzendorf	OG Assling	Lienz	Lienz	T
2886	Thal	OG Assling	Lienz	Lienz	T
2887	Kufstein	StG Kufstein	Kufstein	Kufstein	T
2887	Morsbach	StG Kufstein	Kufstein	Kufstein	T
2888	Göriach	OG Dölsach	Lienz	Lienz	T
2888	Stribach	OG Dölsach	Lienz	Lienz	T
2889	Buch	OG Buch	Schwaz	Innsbruck	T
2889	Gallzein	OG Gallzein	Schwaz	Innsbruck	T
2890	Amlach	OG Amlach	Lienz	Lienz	T
2890	Leisach	OG Leisach	Lienz	Lienz	T
2891	Breitensee	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2891	Fünfhäus	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2891	Ottakring	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2892	Innere Stadt	Stadt Wien	Wien	Wien	W

V	Katastralgemeinde	Gemeinde	Verw./polit. Bez./Mag.	VA	BL
2892	Leopoldstadt	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2893	Pötzleinsdorf	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2893	Währing	Stadt Wien	Wien	Wien	W
2894	Gaas	MG Eberau	Güssing	Oberwart	B
2894	Moschendorf	OG Moschendorf	Güssing	Oberwart	B

OG, MG, StG: Orts-, Markt-, Stadtgemeinde

Verw./polit. Bez./Mag.: Verwaltungs-, politischer Bezirk, Magistrat

VA: Vermessungsamt

BL: Bundesland

2844. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 14. Mai 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Deutsch Ehrendorf und Kulm.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Deutsch Ehrendorf (Nr. 31004, Marktgemeinde Strem) und Kulm (Nr. 31026, Marktgemeinde Eberau), beide Gerichts- und politischer Bezirk Güssing, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 9/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 100310 (KG Deutsch Ehrendorf) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 12122, 12123, 12188, 12124, 12125, 12126, 12127, 12128, 12129 (alle KG Kulm) und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 429 (KG Deutsch Ehrendorf) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 14. Mai 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 1652/2002-728

2845. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 29. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg und Eisenberg an der Pinka.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 34011, Ortsgemeinde Hannersdorf) und Eisenberg an der Pinka (Nr. 34017, Ortsgemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 10/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 10877 (KG Eisenberg an der Pinka) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 8883, 8969 (KG Burg), 14161, 14160, 14159 (KG Eisenberg an der Pinka), 8968, 8967, 8966, 8965 (KG Burg), 14151 (KG Eisenberg an der Pinka), 8964 (KG Burg), 14148 (KG Eisenberg an der Pinka), 8880, 8962 (KG Burg), 15886 (KG Eisenberg an der Pinka), 8960 (KG Burg), 15877 (KG Eisenberg an der Pinka), 8958, 8957, 8956 (KG Burg), 15907, 4565, 15926, 15927, 15918, 4564, 15923 (KG Eisenberg an der Pinka), 8954, 8953 (KG Burg), 16090, 10956, 16091, 15943, 15944 (KG Eisenberg an der Pinka), 8949, 8866, 8948, 8947, 8864, 8946, 8945 (KG Burg), 16068, 4562, 4561 (KG Eisenberg an der Pinka), 8944, 8943, 8970 (KG Burg), 16265 (KG Eisenberg an der Pinka), 8929, 8931, 8932, 8859, 8938, 8941, 8940, 8939 (KG Burg), 16089, 4559, 4558, 16101, 16109, 16110, 4556, 16121, 16685, 16681, 16680, 16675, 16674, 16673, 16672, 16671, 16670, 16669, 16667, 16666, 16665, 16664, 16663, 16662 (KG Eisenberg an der Pinka) und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1558 (KG Burg) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6047/2003-728

2846. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg und Eisenberg an der Pinka.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 34011, Ortsgemeinde Hannersdorf) und Eisenberg an der Pinka (Nr. 34017, Ortsgemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 1/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1535 (KG Burg) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 15254, 15160, 15161, 15162, 15163, 15164, 15166, 15100, 15099, 15098, 15097, 15096, 15095, 15093, 15092, 15090, 15089, 15088, 14888, 12781, 15057, 15058, 15043, 15042, 15041, 15040, 15039, 15029, 15030, 15031, 15033 (alle KG Eisenberg an der Pinka) und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1845 (KG Burg) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe

Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4383/2000-728

2847 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg und Eisenberg an der Pinka.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 34011, Ortsgemeinde Hannersdorf) und Eisenberg an der Pinka (Nr. 34017, Ortsgemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 8/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 4744 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 4834, 4833, 4832, 4743, 4828 und des in der bisherigen Grenze gelegenen

Grenzpunktes Nr. 1703 (alle Grenzpunkte KG Burg) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4405/2000-728

2848 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg, Eisenberg an der Pinka und Woppendorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Eisenberg an der Pinka (Nr. 34017, Ortsgemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg) und Woppendorf (Nr. 34091, Ortsgemeinde Hannersdorf), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 7/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1601 (KG Woppendorf) -

durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 14557, 14556, 14555, 14554, 14551, 14547, 4571, 4570, 4569, 4568 (alle Grenzpunkte KG Eisenberg an der Pinka), 4176, 4175, 4174 (KG Woppendorf), 14358 (KG Eisenberg an der Pinka), 4164, 4163, 4161, 4160, 4159 (KG Woppendorf), 4566, 14340, 4508 und des neuen dreifachen Grenzpunktes 10877 (KG Eisenberg an der Pinka) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen

§ 2

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 34011, Ortsgemeinde Hannersdorf) und Eisenberg an der Pinka (Nr. 34017, Ortsgemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 7/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird durch die geradlinige Verbindung des in § 1 genannten dreifachen Grenzpunktes Nr. 10877 mit dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 4538 (beide KG Eisenberg an der Pinka) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen

§ 3

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 34011) und Woppendorf (Nr. 34091), beide Ortsgemeinde Hannersdorf, Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung geändert.

(2) Die neue Grenze wird durch die geradlinige Verbindung des in § 1 genannten dreifachen Grenzpunktes Nr. 10877 (KG Eisenberg an der Pinka) mit dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 4158 (KG Woppendorf) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6046/2003-728

2849. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kulm und Deutsch Ehrendorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kulm (Nr. 31026, Marktgemeinde Eberau) und Deutsch Ehrendorf (Nr. 31004, Marktgemeinde Strem), beide Gerichts- und politischer Güssing, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 11/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 2719 (KG Deutsch Ehrendorf) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 12212, 12213, 12214, 12215, 12216, 12217, 12218, 12219, 12220, 12221, 12222, 12223, 12224, 12225,

12226, 12227, 12228, 12229, 12230, 12231, 12232, 12233 (alle KG Kulm) und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 2959 (KG Deutsch Ehrendorf) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6211/2002-728

2850 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 16. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Eberau und Unterbildein.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Eberau (Nr. 31006, Marktgemeinde Eberau) und Unterbildein (Nr. 31055, Ortsgemeinde Bildein), beide Gerichts- und politischer Bezirk Güssing, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 3/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1243 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 1808 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1246, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1248 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 1807, 1805, 1800, 1799, 1813, 1810 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1258 und schließlich - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1261 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 1811 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1267 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im BEV, Gruppe Ämter, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 16. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4380/2000-728

2851 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großpetersdorf und Rohrbach an der Teich.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großpetersdorf (Nr. 34024, Marktgemeinde Großpetersdorf) und Rohrbach an der Teich (Nr. 34066, Ortsgemeinde Mischendorf), beide Gerichts- und Verwaltungsbezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 6/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 24122 (=Pinkfluss-Mitte) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 27244, 24243, 24242, 24241, 24240, 24239, 27328, 27329, 27330, 21804, 21810, 21811, 21813, 21814, 21816, 21819, 21821, 21823, 21825, 21446, 21445, 21343, 21345, 21347, 21349, 21350, 13484, 13894 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 24018 (=Pinkfluss-Mitte) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Oberwart aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5359/2003-728

2852 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großpetersdorf und Jabing.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großpetersdorf (Nr. 34024, Marktgemeinde Großpetersdorf) und Jabing (Nr. 34031, Ortsgemeinde Jabing), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 4/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 40055 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 25766, 21912, 21914, 21916, 21918, 29315, 29314 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 40041, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 40004 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 22569, 20176, 20163, 20164, 21600, 21605, 25609, 27321, 27322, 29341, 29342, 25577, 25576, 25575, 25574, 25573, 25572 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 25571 und schließlich - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 25561 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 25560, 25559, 25558, 25557 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 25435 (=Pinkfluss-Mitte) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Oberwart aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. März 2004

§ 2

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5357/2003-728

2853. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großbachselten und Kleinpetersdorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Großbachselten (Nr. 34023, Ortsgemeinde Mischendorf) und Kleinpetersdorf (Nr. 34037, Marktgemeinde Großpetersdorf), beide Gerichts- und politischer Bezirk Oberwart, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 5/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 310 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 4559, 4557, 4555, 4553, 4551, 4549, 4546, 4545 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 4544 (=Grabenmitte) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Oberwart aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5358/2003-728

2854. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 11. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dielach, Goggerweng und St. Georgen am Längsee.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dielach (Nr. 74501, Ortsgemeinde Mölbling) und St. Georgen am Längsee (Nr. 74527, Ortsgemeinde St. Georgen am Längsee), beide Gerichts- und politischer Bezirk St. Veit an der Glan, wird entsprechend der Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 9. September 2003, LGBl.Nr. 64, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1145 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 1536, 1537, 1539, 1541, 1543, 1545, 1547, 1549, 746, 1553, 1555, 1557, 1559, 1561, 1563, 1565, 1567, 1569, 1571, 1573, 1575, 1577, 1579, 1581, 1583, 1585, 1587, 1589,

1623, 1624, 1625, 1627, 1631, 1633, 1635, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641 und des in der

bisherigen Grenze gelegenen dreifachen Grenzpunktes Nr. 4221 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Klagenfurt aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 367/03, einzusehen.

§ 2

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dielach (Nr. 74501, Ortsgemeinde Möbling) und Goggerwenig (Nr. 74507, Ortsgemeinde St. Georgen am Längsee), beide Gerichts- und politischer Bezirk St. Veit an der Glan, wird entsprechend der Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 9. September 2003, LGBl.Nr. 64, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in § 1 genannten dreifachen Grenzpunkt Nr. 4221 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 1641, 1643, 1645, 1647 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1705 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Klagenfurt aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 367/03, einzusehen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 11. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6316/2003-728

2855

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Ehrental und St. Martin bei Klagenfurt.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Ehrental (Nr. 72106) und St. Martin bei Klagenfurt (Nr. 72168), beide Stadt mit eigenem Statut und Gerichtsbezirk Klagenfurt, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 6668 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 18299, 18298, 18297, 18296, 18295, 18294, 10855, 7518, 7517, 7516, 7515, 7514, 7513, 7512, 7520, 7521 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 16749 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Klagenfurt aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 388/03, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6225/2003-728

2856 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden St. Margarethen und Wiedweg.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden St. Margarethen (Nr. 72331) und Wiedweg (Nr. 72345), beide Ortsgemeinde Reichenau, Gerichts- und politischer Bezirk Feldkirchen, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3907 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 3906 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 3905 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Klagenfurt aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5939/2003-728

2857 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dreulach und Feistritz an der Gail.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Feistritz an der Gail (Nr. 75412, Ortsgemeinde Feistritz an der Gail) und Dreulach (Nr. 75408, Ortsgemeinde Hohenthurn), beide Gerichtsbezirk Villach, politischer Bezirk Villach Land, wird entsprechend der Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 15. Dezember 1998, LGBl.Nr. 104, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3640 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 3658, 3641, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3238, 3261, 3262 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 2373 (alle KG Feistritz an der Gail) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Villach aufliegenden technischen Unterlagen, GZ P 697/2002, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5938/2003-728

2858 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 30. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kerschdorf im Gailtal und St. Paul.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kerschdorf im Gailtal (Nr. 75422, Marktgemeinde Nötsch im Gailtal, Gerichtsbezirk Villach, politischer Bezirk Villach Land) und St. Paul (Nr. 75015, Ortsgemeinde St. Stefan im Gailtal, Gerichts- und politischer Bezirk Hermagor), wird entsprechend der Verordnung der Kärntner Landesregierung vom 7. Oktober 1999, LGBl.Nr. 24 und 25, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3670 (KG Feistritz an der Gail) - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 5541, 5542, 5543, 5544, 5449, 6355, 6356, 5666, 5127, 6398, 6399, 6396, 6397, 5626, 5624, 5622, 5620, 5621 (alle KG Kerschdorf im Gailtal), 9002 (KG St. Paul), 5094 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 5095 (beide KG Kerschdorf im Gailtal) gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungs-

amt Villach aufliegenden technischen Unterlagen, GZ P 106/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 30. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5937/2003-728

2859 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 11. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Obermühlbach und Schaumboden.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Obermühlbach (Nr. 74519) und Schaumboden (Nr. 74529), beide Ortsgemeinde Frauenstein, Gerichts- und politischer Bezirk St. Veit an der Glan, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen neuen Grenzpunkt Nr. 2308 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 2307, 2306, 1454, 1456, 1458, 1460, 1461, 1463, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472 und des in der bisherigen Grenze gelegenen neuen Grenzpunktes Nr. 1477 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Klagenfurt, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 11. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4220/2003-728

2860 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden St. Valentin und Thurnstorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden St. Valentin (Nr. 03137) und Thurnstorf (Nr. 03135), beide Stadtgemeinde Sankt Valentin, Gerichtsbezirk Haag und Verwaltungsbezirk Amstetten, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 6679 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 19157, 19153, 19152, 19151, 19150, 19149, 19139, 19137, 19135, 19125, 19124, 19123, 19122, 19121, 19120, 19119, 19118,

19117 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 6684 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 1147/2004-728

2861 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 12. Februar 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Konradsheim und St. Georgen in der Klaus.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Konradsheim (Nr. 03308) und St. Georgen in der Klaus (Nr. 03325), beide Stadt mit eigenem Statut und Gerichtsbezirk Waidhofen an der Ybbs, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 5796 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 5797, 5798, 5799, 5800, 5801, 5802 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 5803 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 600/2003, einzusehen.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 723/2003, einzusehen.

§ 2

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 12. Februar 2004

Wien, 9. März 2004

Der Leiter des BEV:

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5666/2003-728

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6100/2003-728

2862 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 9. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Ardagger Markt und Ardagger Stift.

2863 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 16. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Bad Fischau und Wiener Neustadt.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Ardagger Markt (Nr. 03004) und Ardagger Stift (Nr. 03005), beide Marktgemeinde Ardagger, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Amstetten, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung derart geändert, dass die Grundstücke 220/1, 220/2, 220/3, 228/1, 228/2, 228/3, 228/6 bis 228/20, 231/1, 231/2, 231/3, 233/1 und 236/5 der Katastralgemeinde Ardagger Markt von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Ardagger Stift eingegliedert sowie die Grundstücke 518/1, 518/2, 519/2, 728/1 und 730 der Katastralgemeinde Ardagger Stift von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Ardagger Markt eingegliedert werden.

(1) Die Katastralgemeinden Bad Fischau (Nr. 23401, Marktgemeinde Bad Fischau-Brunn, Verwaltungsbezirk Wiener Neustadt) und Wiener Neustadt (Nr. 23443, Stadt mit eigenem Statut Wiener Neustadt), beide Gerichtsbezirk Wiener Neustadt, werden entsprechend dem Gesetz über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden, LGBl. 1030, derart geändert, dass die Grundstücke 968/2, 968/3, 972/2 und 1476 der Katastralgemeinde Bad Fischau von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Wiener Neustadt eingegliedert sowie die Grundstücke 5052/8, 5052/9, 5052/10 und 5052/11 der Katastralgemeinde Wiener Neustadt von dieser abgetrennt und dem Gebiet der

Katastralgemeinde Bad Fischau eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wiener Neustadt aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 343/02, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 16. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4990/2002-728

2864. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 16. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Jedenspeigen und Sierndorf an der March.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Jedenspeigen (Nr. 06114) und Sierndorf an der March (Nr. 06123), beide Marktgemeinde Jedenspeigen, Gerichtsbezirk Zistersdorf, Verwaltungsbezirk Gänserndorf, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1230/1, 1230/2, 1230/3, 1230/4, 1231, 1232, 1233, 1234, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250,

1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260/1, 1260/2, 1260/3, 1260/4, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266 und 1267 der Katastralgemeinde Jedenspeigen von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Sierndorf an der March eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Gänserndorf aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 16. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6424/2003-728

2865. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Rien und Waidhofen an der Ybbs.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Rien (Nr. 03320) und Waidhofen an der Ybbs (Nr. 03329), beide Stadt mit eigenem Statut und Gerichtsbezirk Waidhofen an der Ybbs, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung derart geändert, dass das Grundstück 681/2 der Katastralgemeinde Rien von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Waidhofen an der Ybbs eingegliedert wird.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

schen Unterlagen, GZ A 1118/2003, einzusehen.

§ 2

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 24. Februar 2004

Wien, 24. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4642/2003-728

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5476/2003-728

2866 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Mank und Strannersdorf.

2867 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Staatz-Kautendorf und Enzersdorf bei Staatz.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Mank (Nr. 14038) und Strannersdorf (Nr. 14072), beide Stadtgemeinde Mank, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Melk, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 695/1, 695/61, 695/62 und 695/63 der Katastralgemeinde Strannersdorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Mank eingegliedert werden.

(1) Die Katastralgemeinden Staatz-Kautendorf (Nr. 13044) und Enzersdorf bei Staatz (Nr. 13010), beide Marktgemeinde Staatz, Gerichtsbezirk Laa an der Thaya und Verwaltungsbezirk Mistelbach, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 5/2, 5/3, 5/4, 5/5, 5/6, 5/7, 5/8, 5/9, 5/10, 5/11 und 5/12 der Katastralgemeinde Staatz-Kautendorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Enzersdorf bei Staatz eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt St. Pölten aufliegenden techni-

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Gänserndorf, Dienststelle Laa an der Thaya, aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5383//2003-728

2868 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Hub und Oberndorf an der Melk.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Hub (Nr. 22116) und Oberndorf an der Melk (Nr. 22122), beide Marktgemeinde Oberndorf an der Melk, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Scheibbs, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung derart geändert, dass das Grundstück 235 der Katastralgemeinde Oberndorf an der Melk von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Hub eingegliedert wird.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermes-

sungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5075/2003-728

2869 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Benennung der Katastralgemeinde Schwarzau am Steinfeld.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

Die Schreibweise des Namens der Katastralgemeinde Schwarzau am Steinfeld (Nr. 23341, Ortsgemeinde Schwarzau am Steinfeld, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Neunkirchen), wird unter Beibehaltung der Katastralgemeindenummer auf Schwarzau am Steinfeld geändert.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5131/2003-728

2870. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 11. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Feinfeld und Gobelsdorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Feinfeld (Nr. 10016) und Gobelsdorf (Nr. 10022), beide Ortsgemeinde Röhrenbach, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Horn, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Vereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 348/1, 348/2, 1179, 1384/1, 1384/2 und 1384/3 der Katastralgemeinde Feinfeld von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Gobelsdorf eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Krems an der Donau, Dienststelle Horn, aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 1086/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 11. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4589/2003-728

2871. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 11. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Amstetten und Preinsbach.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Amstetten (Nr. 03003) und Preinsbach (Nr. 03031), beide Stadtgemeinde Amstetten, Gerichts- und Verwaltungsbezirk Amstetten, wird geändert.

(2) Im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung wird die neue Grenze durch die nunmehr geradlinige Verbindung der beiden in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkte Nr. 4566 und 4569 sowie - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 4502 - durch die nunmehr geradlinige Verbindung mit dem Grenzpunkt Nr. 4503 gebildet.

(3) Weiters werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung die Grundstücke 825/3, 825/7, 869, 892/2, 892/7, 897/2, 3520, 3521, 3097/5 und 2995/2 der Katastralgemeinde Amstetten von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Preinsbach sowie das Grundstück 2748/2 der Katastralgemeinde Preinsbach von

dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Amstetten eingegliedert.

(4) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Amstetten aufliegenden technischen Unterlagen, GZ P 801/2003 und GZ A 274/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 11. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 2850/2003-728

2872 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Naarn und Ruprechtshofen.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Naarn (Nr. 43213) und Ruprechtshofen (Nr. 43218), beide Marktgemeinde Naarn im Machlande, Gerichts- und politischer Bezirk Perg, werden im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 357/2, 411/2, 504 und 505 der Katastralgemeinde Naarn von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Ruprechtshofen eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Linz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 466/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

i.V. Dipl.-Ing. Dr.iur. Pacher

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5654/2003-728

2873 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Mitterndorf und Unterdürndorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Mitterndorf (Nr. 49112) und Unterdürndorf (Nr. 49123), beide Marktgemeinde Pettenbach, Gerichts- und politischer Bezirk Kirchdorf an der Krems, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung derart geändert, dass die Grundstücke 1684/4, 1684/5, 1684/6, 1684/7, 1684/8 und 1684/9 der Katastralgemeinde Mitterndorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Unterdürndorf eingegliedert sowie

die Grundstücke 836 und 837 der Katastralgemeinde Unterdürndorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Mitterndorf eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Steyr aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 240/2002, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 24. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5963/2003-728

2874. **Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 17. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Anreith, Frindorf und Untergahleiten.**

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Anreith (Nr. 47303, Ortsgemeinde Anreith) und Frindorf (Nr. 47305, Ortsgemeinde Berg bei Rohrbach), beide Gerichts- und politischer Bezirk Rohrbach, werden entsprechend der Verordnung der Oberösterreichischen Landesregierung, LGBl. Nr. 114/2003, derart geändert, dass die Grundstücke 616/2, 617/2, 640/3, 641/2, 661/3, 684/2, 702/2, 702/3 und 750/4 der Katastralgemeinde Anreith von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Frindorf eingegliedert werden.

der sowie die Grundstücke 1694/2, 1695/2, 1695/3, 1729/2, 1731/2, 1755/2, 1756/2, 1756/3, 1785/2, 1786/2, 1802/2 und 4054/2 der Katastralgemeinde Frindorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Anreith eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Rohrbach aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

(1) Die Katastralgemeinden Untergahleiten (Nr. 47329, Ortsgemeinde Anreith) und Frindorf (Nr. 47305, Ortsgemeinde Berg bei Rohrbach), beide Gerichts- und politischer Bezirk Rohrbach, werden entsprechend der Verordnung der Oberösterreichischen Landesregierung, LGBl. Nr. 114/2003, derart geändert, dass die Grundstücke 327/2, 327/3, 328, 331, 338, 378, 379/1, 2110/1, 2110/2, 2110/3 und 2141/2 der Katastralgemeinde Untergahleiten von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Frindorf eingegliedert sowie die Grundstücke 1433, 1434, 1436/1, 1436/2 und 1444 der Katastralgemeinde Frindorf von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Untergahleiten eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Rohrbach aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 17. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4487/2003-728

2875. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 17. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Kremsmünster und Unterburgfried.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kremsmünster (Nr. 51011) und Unterburgfried (Nr. 51024), beide Marktgemeinde Kremsmünster, Gerichts- und politischer Bezirk Kirchdorf an der Krems, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3427 - durch die nunmehr geradlinige Verbindung mit dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3428 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wels aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 109/03, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 17. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5412/2003-728

2876. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Ungenach und Zell am Pettenfirst.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Ungenach (Nr. 50323, Ortsgemeinde Ungenach) und Zell am Pettenfirst (Nr. 50330, Ortsgemeinde Zell am Pettenfirst), beide Gerichts- und politischer Bezirk Vöcklabruck, werden entsprechend der Verordnung der Oberösterreichischen Landesregierung, LGBl. Nr. 77/2003 derart geändert, dass die Grundstücke 594/1, 594/2, 596, 616/3, 725, 726, 735, 736, 1922 und 1935 der Katastralgemeinde Ungenach von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Zell am Pettenfirst eingegliedert werden sowie die Grundstücke 3006, 3014, 3015, 3019, 3020 und 3692 der Katastralgemeinde Zell am Pettenfirst von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Ungenach eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Vöcklabruck aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 24. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5776/2002-728

2877. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Lumpelgraben und Oberplaißa.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Lumpelgraben (Nr. 49313) und Oberplaißa (Nr. 49317), beide Ortsgemeinde Großraming, Gerichtsbezirk Weyer und politischer Bezirk Steyr-Land, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 2674 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 5691, 5692, 5693, 5694, 5695, 5696, 5697, 5698, 5699, 5700, 5701, 5702, 5703, 5704, 5705 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 2651 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Steyr aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 121/2002, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6744/2002-728

2878. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 11. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg, Kematen und Kiesenberg.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 45504) und Kematen (Nr. 45510), beide Ortsgemeinde Kematen an der Krems, Gerichtsbezirk Neuhofen an der Krems und politischer Bezirk Linz-Land, wird im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3022 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 3521, 3520, 3519, 3518, 3517, 3516, 3515, 3514, 3513, 3512, 3511, 3510, 3509, 3508, 3507, 3506, 3505 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1339 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Linz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 273/2003, einzusehen.

§ 2

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Burg (Nr. 45504) und Kiesenberg (Nr. 45511), beide Ortsgemeinde Kematen an der Krems, Gerichtsbezirk Neuhofen an der Krems und politischer Bezirk Linz-Land, wird im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1084 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 7795 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1082 sowie - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1032 - durch die geradlinige Verbindung des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 429 sowie - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 434 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 8349, 7971, 7970, 7969, 7968, 7960 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1045 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Linz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 273/2003, einzusehen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 11. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4457/2003-728

2879 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 8. April 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Hartkirchen und Oed in Bergen.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Hartkirchen (Nr. 45013) und Oed in Bergen (Nr. 45021), beide Ortsgemeinde Hartkirchen, Gerichts- und politischer Bezirk Eferding, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass das Grundstück 803/6 der Katastralgemeinde Hartkirchen von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Oed in Bergen eingegliedert wird sowie die Grundstücke 3120/2, 3120/3 und 3120/4 der Katastralgemeinde Oed in Bergen von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Hartkirchen eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Linz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 587/2002, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 8. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 1406/2004-728

2880 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. Februar 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dorfwerfen, Grub und Reitsam.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Dorfwerfen (Nr. 55503, Ortsgemeinde Pfarrwerfen) und Reitsam (Nr. 55580, Marktgemeinde Werfen), beide Gerichts- und politischer Bezirk St. Johann im Pongau, wird entsprechend dem Gesetz des Salzburger Landtages vom 8. November 2000, LGBl.Nr. 5/2001, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen, dreifachen Grenzpunkt Nr. 12889 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 12890, 12891, 12892, 12893 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 12894 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt St. Johann im Pongau aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 46/2000, einzusehen.

§ 2

1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Grub (Nr. 55504, Ortsgemeinde Pfarrwerfen) und Reitsam (Nr. 55580, Marktgemeinde Werfen), beide Gerichts- und politischer Bezirk St. Johann im Pongau, wird entsprechend dem Gesetz des Salzburger Landtages vom 8. November 2000, LGBl.Nr. 5/2001, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen, dreifachen Grenzpunkt Nr. 12889 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 12118, 12119, 12120, 12121, 12122, 12123, 12124, 12125, 12126 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 12127 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt St. Johann im Pongau aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 46/2000, einzusehen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

i.V. Dipl.-Ing. Dr.iur. Pacher

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 3758/2000-728

2881

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Bramberg und Habach.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Bramberg (Nr. 57001) und Habach (Nr. 57005), beide Ortsgemeinde Bramberg am Wildkogel, Gerichtsbezirk Mittersill, politischer Bezirk Zell am See, werden zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung derart geändert, dass die Grundstücke 9/18 und 11/4 der Katastralgemeinde Habach von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Bramberg eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Zell am See aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 129/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

i.V. Dipl.-Ing. Dr.iur. Pacher

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5651/2003-728

2882. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Radstadt und Schwemmburg.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Radstadt (Nr. 55317) und Schwemmburg (Nr. 55321), beide Stadtgemeinde und Gerichtsbezirk Radstadt, politischer Bezirk St. Johann im Pongau, wird im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Angrenzungen geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 7922 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 7464, 7501, 7622 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 7921 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt St. Johann im Pongau aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 81/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 24. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5817/2003-728

2883. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 8. April 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Mühlbach und Mühlberg.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Mühlbach (Nr. 57014) und Mühlberg (Nr. 57015), beide Ortsgemeinde Bramberg am Wildkogel, Gerichtsbezirk Mittersill und politischer Bezirk Zell am See, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzungen geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 356 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 8180, 8179, 8178, 8177, 8176, 8175, 8174, 8173, 8172, 8171, 8170, 8169, 8168, 8167, 8166, 8165, 5911 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 5910 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Zell am See aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 77/2003, einzusehen.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 8. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 3734/2003-728

2884 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. April 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Gruisla, Klöch, Pöfthen und Halbenrain.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Halbenrain (Nr. 66311, Marktgemeinde Halbenrain) und Pöfthen (Nr. 66329, Marktgemeinde Klöch), beide Gerichtsbezirk Bad Radkersburg, politischer Bezirk Radkersburg, werden entsprechend der Kundmachung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Oktober 2003, LGBl.Nr. 88, derart geändert, dass die Grundstücke 597/29, 598/1, 599/1, 599/2, 599/4, 599/5, 599/6, 599/7, 599/8, 599/9, 599/10, 599/11, 599/12 und 599/13 der Katastralgemeinde Halbenrain von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Pöfthen eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Leibnitz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 782/2003, einzusehen.

1) Die Katastralgemeinden Halbenrain (Nr. 66311, Marktgemeinde Halbenrain) und Klöch (Nr. 66318, Marktgemeinde Klöch), beide Gerichtsbezirk Bad Radkersburg, politischer Bezirk Radkersburg, werden entsprechend der Kundmachung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Oktober 2003, LGBl.Nr. 88, derart geändert, dass die Grundstücke 725/2 und 725/3 der Katastralgemeinde Klöch von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Halbenrain eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Leibnitz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 782/2003, einzusehen.

§ 3

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Gruisla (66310) und Pöfthen (66329), beide Marktgemeinde Klöch, Gerichtsbezirk Bad Radkersburg, politischer Bezirk Radkersburg, wird im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 802 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 2136, 2138, 2135 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 177, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 658 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 657, 656 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 655, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 644 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 643, 642, 641, 640, 639, 638, 637, 636, 635, 634 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 633, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 620 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 619, 618, 617, 616, 615, 614, 613, 612 und des in

der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 611, und schließlich - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 607 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 605, 604, 603 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 602 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Leibnitz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 782/2003, einzusehen.

§ 4

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Klöchl (Nr. 66318) und Pöfien (Nr. 66329), beide Marktgemeinde Klöchl, Gerichtsbezirk Bad Radkersburg, politischer Bezirk Radkersburg, wird im Zuge eines Verfahrens in Angelegenheiten der Bodenreform zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 2028 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte

Nr. 2027, 2026, 2025, 2031, 2032, 2033, 1909, 1629, 1631, 1633, 1635 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1801, weiters - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1835 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 506, 508, 509 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 510, und schließlich - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 514 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 525 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Leibnitz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 782/2003, einzusehen.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5523/2003-728

2885. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 9. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Dobl und Unterpremstätten.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Dobl (Nr. 63209, Marktgemeinde Dobl) und Unterpremstätten (Nr. 63288, Marktgemeinde Unterpremstätten), beide Gerichtsbezirk Graz, politischer Bezirk Graz-Umgebung, werden entsprechend der Kundmachung der Steiermärkischen Landesregierung vom 19. Mai 2003, LGBl.Nr. 48, derart geändert, dass die Grundstücke 471/16, 471/17, 471/39, 478/2, 479 und 547/2 der Katastralgemeinde Unterpremstätten von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Dobl eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Graz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 20/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 9. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6501/2003-728

2886 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 17. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Penzendorf und Thal.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Penzendorf (Nr. 85029) und Thal (Nr. 85036), beide Ortsgemeinde Assling, Gerichts- und politischer Bezirk Lienz, wird im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1281 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 1282 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1283 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Lienz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 529/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 17. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5057/2003-728

2887 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 17. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Kufstein und Morsbach.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Kufstein (Nr. 83008) und Morsbach (Nr. 83022), beide Stadtgemeinde Kufstein, Gerichts- und politischer Bezirk Kufstein, wird zur Erhaltung der topographischen Abgrenzung sowie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 15248 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 15247, 15246, 59 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1133 sowie - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 2739 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 2746 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 1127 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Kufstein aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 17. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5429/2003-728

2888 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 17. Februar 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Göriach und Stribach.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Göriach (Nr. 85012) und Stribach (Nr. 85034), beide Ortsgemeinde Dölsach, Gerichts- und politischer Bezirk Lienz, wird im Interesse der Verwaltungsvereinfachung geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3629 - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 3630, 3631 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 3632 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Lienz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 530/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 17. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4930/2003-728

2889 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 24. Februar 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Buch und Gallzein.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Buch (Nr. 87002, Ortsgemeinde Buch bei Jenbach) und Gallzein (Nr. 87004, Ortsgemeinde Gallzein), beide Gerichts- und politischer Bezirk Schwaz, wird entsprechend der Kundmachung der Tiroler Landesregierung vom 12. November 2002, LGBl.Nr. 106, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 1459 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 5887 und des in der bisherigen Gren-

ze gelegenen Grenzpunktes Nr. 4050 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Innsbruck aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 24. Februar 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 4950/2003-728

2890 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 2. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Amlach und Leisach.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Amlach (Nr. 85003, Ortsgemeinde Amlach) und Leisach (Nr. 85018, Ortsgemeinde Leisach), beide Gerichts- und politischer Bezirk Lienz, wird im Interesse der Verwaltungsvereinfachung entsprechend der Verordnung der Tiroler Landesregierung, LGBl. Nr. 97/2003, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 7441 - durch die jeweils geradlinige Verbindung des Grenzpunktes Nr. 7433 und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 2213 gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Lienz aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 599/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 2. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5268/2003-728

2891 Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. April 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Breitensee, Fünfhaus und Ottakring.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Breitensee (Nr. 01202, Gerichtsbezirk Fünfhaus) und Ottakring (Nr. 01405, Gerichtsbezirk Hernals), beide Stadt Wien, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 458/7, 70/2, 70/5, 70/8, 69 und 70/7 der Katastralgemeinde Breitensee von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Ottakring eingegliedert sowie die Grundstücke 3432/3, 3314/11, 3447/1 und 3542 der Katastralgemeinde Ottakring von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Breitensee eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wien aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 404/2003, einzusehen.

§ 2

(1) Die Katastralgemeinden Breitensee (Nr. 01202) und Fünfhaus (Nr. 01302), beide Gerichtsbezirk Fünfhaus, Stadt Wien, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass das Grundstück 467/2 Katastralgemeinde Breitensee von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Fünfhaus eingegliedert wird.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wien aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 404/2003, einzusehen.

§ 3

(1) Die Katastralgemeinden Fünfhaus (Nr. 01302, Gerichtsbezirk Fünfhaus) und Ottakring (Nr. 01405, Gerichtsbezirk Hernalis), beide Stadt Wien, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 3545/5, 3588, 3545/1 und 3544/2 der Katastralgemeinde Ottakring von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Fünfhaus eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wien aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 404/2003, einzusehen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6011/2003-728

2892

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 16. März 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Innere Stadt und Leopoldstadt.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Innere Stadt (Nr. 01004, Gerichtsbezirk Innere Stadt Wien) und Leopoldstadt (Nr. 01657, Gerichtsbezirk Leopoldstadt), beide Stadt Wien, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 5207/1 und 5207/2 der Katastralgemeinde Leopoldstadt von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Innere Stadt eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wien aufliegenden technischen Unterlagen, GZ A 449/2003, einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 16. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 6447/2003-728

2893. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 6. April 2004 betreffend die Änderung der Katastralgemeinden Pötzleinsdorf und Währing.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Katastralgemeinden Pötzleinsdorf (Nr. 01510, Gerichtsbezirk Döbling) und Währing (Nr. 01514, Gerichtsbezirk Döbling), beide Stadt Wien, werden im Interesse der Verwaltungsvereinfachung derart geändert, dass die Grundstücke 730/1, 730/2, 730/3, 730/4, 730/41, 730/49, 730/50, 730/60, 730/61 und 740/14 der Katastralgemeinde Währing von dieser abgetrennt und dem Gebiet der Katastralgemeinde Pötzleinsdorf eingegliedert werden.

(2) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Wien aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 6. April 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5791/2003-728

2894. Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 22. März 2004 betreffend die Änderung der Grenze zwischen den Katastralgemeinden Gaas und Moschendorf.

Gemäß § 7 des Vermessungsgesetzes, BGBl.Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2004, wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verordnet:

§ 1

(1) Die Grenze zwischen den Katastralgemeinden Gaas (Nr. 31008, Marktgemeinde Eberau) und Moschendorf (Nr. 31029, Ortsgemeinde Moschendorf), beide Gerichts- und politischer Bezirk Güssing, wird entsprechend der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Dezember 2003, LGBl.Nr. 2/2004, geändert.

(2) Die neue Grenze wird - ausgehend von dem in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunkt Nr. 3831M - durch die jeweils geradlinige Verbindung der Grenzpunkte Nr. 5302G, 5304G, 5306G, 5308G, 5310G, 5312G, 5314G, 18258M, 17303M, 17275M, 18257M, 17635M, 17636M, 17637M, 18045M, 18018M, 12796G, 18044M, 18043M, 91G, 17971M, 17972M, 17883M, 17873M, 17874M, 18064M, 18063M, 17633M, 17631M, 18247M, 13089M, 17573M und des in der bisherigen Grenze gelegenen Grenzpunktes Nr. 2168M gebildet.

(3) Die zeichnerische Darstellung des neuen Grenzverlaufes ist in den im Vermessungsamt Oberwart aufliegenden technischen Unterlagen einzusehen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.

Wien, 22. März 2004

Der Leiter des BEV:

Dipl.-Ing. Hochwartner

Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, GZ 5256/2003-728

2895. Verlautbarung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen über die Zeitskala UT1

Auf Grund des § 1 Abs. 5 der

„Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen vom 13. Juni 1977 über die Darstellungsverfahren der gesetzlichen Maßeinheiten für die Zeit und Frequenz“,

Amtsblatt für das Eichwesen Nr. 7/1977, werden zur Darstellung der Einfach Korrigierten Weltzeit UT1 die folgenden Bulletins des International Earth Rotation Service (IERS), Paris, auszugsweise verlauffbart:

Contents are described in the Explanatory Supplement available at <http://hpiers.obspm.fr/eop-pc/>

EARTH ORIENTATION PARAMETERS (IERS evaluation).

The values in this section are samplings of section 2 given at five-day intervals.

Date	MJD	x	y	UT1R-UTC	UT1R-TAI	dPsi	dEpsilon
2003/4		“	“	s	s	0.001“	0.001“
(0h UTC)							

BULLETIN B 192 4 February 2004

Final Bulletin B values.

DEC 1	52974	.12644	.16771	-.381351	-32.381351	-56.5	-1.4
DEC 6	52979	.11140	.16345	-.382417	-32.382417	-57.0	-1.0
DEC 11	52984	.09687	.16096	-.383445	-32.383445	-56.0	-1.7
DEC 16	52989	.08061	.15836	-.383867	-32.383867	-54.6	-1.4
DEC 21	52994	.06635	.15640	-.384934	-32.384934	-55.8	-.8
DEC 26	52999	.04895	.15444	-.386587	-32.386587	-55.8	-1.5
DEC 31	53004	.03412	.15410	-.388130	-32.388130	-55.9	-.2
JAN 5	53009	.02159	.15480	-.389940	-32.389940	-55.7	-.9

Date	MJD	x	y	UT1R-UTC	UT1R-TAI	dPsi	dEpsilon
2004		“	“	s	s	0.001“	0.001“
(0h UTC)							

BULLETIN B 193 3 March 2004

Final Bulletin B values.

JAN 5	53009	.02159	.15480	-.389940	-32.389940	-55.7	-.9
JAN 10	53014	.00771	.15763	-.392584	-32.392584	-54.4	-1.2
JAN 15	53019	-.00328	.16136	-.396256	-32.396256	-54.4	-.6
JAN 20	53024	-.01618	.16722	-.399406	-32.399406	-55.9	-.9
JAN 25	53029	-.02788	.17443	-.401666	-32.401666	-54.8	-1.1

Date	MJD	x	y	UT1R-UTC	UT1R-TAI	dPsi	dEpsilon
2004		"	"	s	s	0.001"	0.001"
(0h UTC)							
JAN 30	53034	-.03595	.18293	-.403713	-32.403713	-55.7	-1.0
FEB 4	53039	-.05120	.18897	-.405146	-32.405146	-54.6	-1.7

BULLETIN B 194 2 April 2004

Final Bulletin B values.

FEB 4	53039	-.05120	.18897	-.405146	-32.405146	-54.6	-1.7
FEB 9	53044	-.06254	.19533	-.406397	-32.406397	-54.3	-1.6
FEB 14	53049	-.07674	.20444	-.408551	-32.408551	-55.1	-1.3
FEB 19	53054	-.08657	.21486	-.410915	-32.410915	-54.4	-2.1
FEB 24	53059	-.09981	.22638	-.413662	-32.413662	-54.5	-1.9
FEB 29	53064	-.10833	.23783	-.417052	-32.417052	-54.2	-2.6
MAR 5	53069	-.11724	.24881	-.418957	-32.418957	-53.1	-3.2

Preliminary extension, to be updated weekly in Bulletin A and monthly in Bulletin B.

MAR 10	53074	-.12292	.26000	-.420586	-32.420586	-53.9	-2.7
MAR 15	53079	-.12683	.27060	-.422354	-32.422354	-53.4	-3.0
MAR 20	53084	-.13164	.28183	-.424462	-32.424462	-53.1	-3.3
MAR 25	53089	-.13288	.29840	-.428592	-32.428592	-52.6	-3.8
MAR 30	53094	-.13868	.31483	-.433377	-32.433377	-51.6	-4.1
APR 4	53099	-.14134	.33003	-.437977	-32.437977	-49.0	-3.9
APR 9	53104	-.14216	.34475	-.442326	-32.442326	-50.7	-3.9
APR 14	53109	-.14127	.35903	-.446285	-32.446285	-49.2	-4.5
APR 19	53114	-.13908	.37297	-.449879	-32.449879	-49.0	-4.0
APR 24	53119	-.13569	.38660	-.453159	-32.453159	-49.3	-4.6
APR 29	53124	-.13122	.39986	-.456104	-32.456104	-48.3	-5.1
MAY 4	53129	-.12573	.41272	-.458714	-32.458714	-49.2	-4.5
MAY 9	53134	-.11929	.42510	-.460972	-32.460972	-50.2	-5.0
MAY 14	53139	-.11196	.43693	-.462841	-32.462841	-48.8	-4.9
MAY 19	53144	-.10378	.44814	-.464329	-32.464329	-50.1	-4.5
MAY 24	53149	-.09483	.45868	-.465412	-32.465412	-49.7	-5.4
MAY 29	53154	-.08516	.46849	-.466099	-32.466099	-49.5	-5.0

Note. In UT1R, the effects of zonal tides with periods shorter than 35 days are removed ; UT1-UT1R (smaller than 0.0025s in absolute value) should be added after quadratic interpolation of UT1R. Section 2 of this Bulletin gives the daily interpolation of x, y, UT1, duration of day, dPsi, and dEpsilon.

TAI - UTC = + 32 s vom 1. Jänner 1999 bis auf weiteres

Amtsblatt für das Vermessungswesen

Der Bezugspreis des Amtsblattes für das Vermessungswesen (AVerm) beträgt für ein Abonnement € 14,53. Ein Abonnement umfasst jeweils 250 Seiten (125 Blatt).

Der Einzelverkaufspreis beträgt pro Blatt (2 Seiten) € 0,22; jedoch mindestens € 1,82 für eine Ausgabe des AVerm.

Bestellungen für das AVerm sind an das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, Bibliothek, Schiffamtsgasse 1 - 3, 1025 Wien, zu richten (PSK 5 190 001). E-Mail: bibliothek@bev.gv.at

Medieninhaber, Hersteller u. Herausgeber:

Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen Schiffamtsgasse 1 - 3,
1025 Wien. Homepage: www.bev.gv.at

Richtung des Amtsblattes: Kundmachungen entsprechend den Weisungen des Vermessungsgesetzes.